



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/265 - 17.11.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Westliche Sorgen um die deutsche Entwicklung	S. 1
Außenminister Prentano in Wien	S. 3
Weihnachtsfreude für 6,5 Millionen Rentner	S. 4
Zum Tode von Gerhard Lübken	S. 5
Um die Alterssicherung der selbständig Schaffenden	S. 6

## Was nun ?

A.E. Mit der Empfehlung an die Regierungschefs der USA, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion "den künftigen Verlauf von Außenministerbesprechungen auf diplomatischem Wege zu regeln," ging die Genfer Konferenz auseinander, - eine fast schon an die Dame Pythia erinnernde Formulierung. Sichtbare, die Welt Überzeugende Beweise einer Annäherung der gegenseitigen Standpunkte hat es nicht gegeben, sofern man es nicht als Fortschritt betrachtet, dass, zum Unterschied von früheren Deutschlandkonferenzen, west-östliche Zornesausbrüche, heftige Anklagen und Gegenanklagen diesmal fehlten. Beide Seiten begnügten sich mit der ruhigen Feststellung ihrer Ansichten, mit verhaltenen Vorwürfen und Mahnungen. Freilich gelang es nicht, den Rahmen, den die erste Genfer Gipfelkonferenz absteckte, mit konkretem Inhalt zu füllen, und die Frage, warum es nicht gelang, wird die Gemüter noch lange Zeit bewegen.

Immerhin ist ein Rückfall in das Klima des Kalten Krieges nicht zu befürchten; dafür sorgt schon das Vorhandensein von Atom- und H-Bomben, das die Mächtigen dieser Welt zwingt, nach neuen Möglichkeiten eines vorträglichen Nebeneinanderlebens immer wieder Ausschau zu halten. Trotz aller anscheinend unüberbrückbaren Gegensätze wirken die Gesetze, die zur Entspannung drängen, weiter; schon am Tage nach dem Abschluss von Genf begann in der westlichen Welt eine Art von Gewissenserforschung, eine kritische Überprüfung der in Genf bezogenen Positionen.

Das Schwergewicht der Vorwürfe liegt, ohne Zweifel mit Recht, auf der enttäuschend starren Haltung der Sowjetunion, wie sie vor allem in der Haltung Molotows am 8. November, zum Ausdruck kam. Aber während des ganzen Verlaufs der Genfer Begegnung fehlte es in der öffentlichen Meinung der westlichen Welt auch nicht an kritischen Stimmen am Programm und an der Methodik der westlichen Diplomatie in ihrer Deutschlandpolitik. Zeitungen von Weltbedeutung, wie etwa der

"Manchester Guardian", nannten die westlichen Deutschlandvorschläge "zynisch und unrealistisch", ein Vorwurf, der, abgeschwächt, auch von "Le Monde" erhoben wurde. Selbst die mit starken Worten zurückhaltende "Times" bescheinigte zwar der westlichen Diplomatie, dass ihre Deutschlandvorschläge kühn und phantasiereich waren, nannte sie aber auch akademisch, da nie viel Hoffnung bestand, dass die Sowjetunion sie beachten würde. Der "Daily Herald", das Organ der britischen Labourpartei, bezeichnete die Genfer Konferenz, die Kritik gleichmäßig verteilend, als ein "Schattenboxen" beider Seiten, um Propagandapunkte zu gewinnen und "die Deutschen zu beeindrucken". Der Nachweis, dass die Westmächte in der Deutschlandfrage wirklich alles versuchten, um das Tor zur Wiedervereinigung aufzuschließen, wird angesichts des Gewichtes der Kritik auch in den eigenen Reihen, wohl kaum zu erbringen sein.

Noch vermag niemand die Rückwirkungen des Genfer Mißerfolges in der Deutschlandfrage auf die innerpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik einzuschätzen. Sie werden tiefgreifend sein und das politische Klima in der Bundesrepublik sowie das Verhältnis von Opposition und Regierung wesentlich beeinflussen.

Die Sorge, wie das deutsche Volk diesen nicht zu verborgenden Rückschlag auf dem Wege zur Wiedervereinigung aufnehmen und welche Folgerungen es daraus ziehen wird, lässt heute schon viele westliche Politiker unruhig werden, und vor allem findet sie ihren Niederschlag in den Spalten der Weltpresse. Das ist ein erfreuliches Zeichen, wirkt es doch der starken Tendenz entgegen, sich mit dem Zustand des gespaltenen Deutschland abzufinden.

Offensichtlich betrachtet die sowjetrussische Deutschlandpolitik die Zeit als ihren Verbündeten. Sie sitzt am längeren Hebelarm und sie allein kann den Zeitpunkt der Wiedervereinigung bestimmen. Glaubt Moskau, in direkten Gesprächen mit Bonn, sozusagen in einem zweiseitigen Verfahren, diesen Zeitpunkt herbeizuführen? Diese Frage ist für viele westliche Hauptstädte zum Albdruck geworden. Bonner Zusicherungen, dass dem nicht so sein werde, begegnen Skepsis und Zweifel. Zusicherungen, dass Adenauer nicht daran denke, diplomatische Beziehungen mit Moskau aufzunehmen, lagen vor seiner Moskareise vor, und der Schock, den sein Unfall auslöste, wirkt auch heute noch nach.

Die westliche Deutschlandposition ist, auf längere Sicht gesehen, ohne Zweifel schwächer geworden. Das große Spiel um Deutschland hat erst begonnen. Die deutsche Frage wird auf der Tagesordnung der Weltpolitik bleiben. Der Westen muß, will er im Spiel bleiben und nicht dazu beitragen, dass durch seine Haltung die deutsche Wiedervereinigung sich unter antidemokratischem Vorzeichen vollzieht, seine Positionen neu überdenken und neu abstecken. Bekundungen, dass auch er die Wiedervereinigung wolle, allein genügen nicht. Es kommt jetzt darauf an, durch eine überzeugende Überprüfung der bisherigen Deutschlandpolitik den Weg zur Wiedervereinigung offen zu halten. Er sollte sich dabei von den westdeutschen Anhängern eines Status quo nicht behindern lassen.

### Österreichische Hoffnungen

G.B., Wien

Wenn sich die Besprechungen mit dem westdeutschen Außenminister Brentano mit gleicher Herzlichkeit abwickeln, wie die bisherigen Begrüßungen der österreichischen Presse formuliert waren, dann dürften für beide Länder eine fruchtbare "Politik der guten Nachbarschaft" zu erwarten sein. Der Besuch des Ministers dient nach Wiener Auffassung nicht dem Zweck, "sehr handfeste Streitgegenstände" abzuhandeln oder die Diskussion über das "Deutsche Eigentum" noch mehr als bisher zu komplizieren, sondern um Wien und Bonn gleicherweise die Gelegenheit zu geben, einander näherzukommen, gestörte Kontakte wiederherzustellen, Mißverständnisse zu bereinigen und die Atmosphäre zu entgiften. Ein negatives Ergebnis würde von den Menschen beider Völker, die durch verwandtschaftliche, sprachliche, kulturelle und wirtschaftliche Bande verknüpft sind, als un-natürlich empfunden werden.

Hinter beiden Völkern liegt der Abgrund von 1938 bis 1945, der sich vom Anschlussjubiläum bis zum totalen Zusammenbruch spannt, und die auseinandergehende Entwicklung nach dem Kriege. In der Zwischenzeit hat sich manches Gute und Böse ereignet. Besonders nach Abschluss des österreichischen Staatsvertrages verschärften sich bereits vorhandene Spannungen und gipfelten in der von Österreich niemals verstandenen Heimberufung des Leiters der deutschen Wirtschaftsdelegation in Wien zu einem längeren "Erholungsurlaub". Allein schon die Umwandlung der deutschen Wirtschaftsdelegation in Wien und der österreichischen Vertretung in Bonn in Botschaften würde einen beachtlichen Fortschritt im nachbarlichen Verhältnis bedeuten.

In einem Punkt ist sich die österreichische Publizistik mit den Herren am Ballhausplatz vollkommen einig: Man fordert die vorbehaltlose Anerkennung Österreichs als souveränen und neutralen Staat und die endgültige Absage an alle Hegemonieansprüche. Man betont, dass man darin den aufrichtigsten Freundschaftsdienst erkennen würde, mit dem die deutsche Bundesrepublik die Neuregelung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu Österreich einleiten könnte. Man glaubt auch, dass die Klippe des "deutschen Eigentums" ohne Havarie umschiffet werden kann, wenn die Bundesrepublik die durch den Staatsvertrag geschaffene Rechtslage würdigt und mit eben solcher Konzilianz zu verhandeln bereit ist wie Österreich.

\* \* \*

### SPD-Kampf hilft den Rentnern

EB. Der CDU-Abgeordnete Horn machte im Bundestag den hoffnungslosen Versuch, bei der Verabschiedung eines Gesetzes über die Gewährung von Sonderzulagen in der gesetzlichen Rentenversicherung zu erklären, er nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass damit ein Koalitionsantrag angenommen worden sei und die CDU selbstverständlich diesem Gesetz zustimmen werde.

Wie kurz schätzt man doch das Gedächtnis derer ein, die man glaubt so überzeugen zu können, denn noch am 11. November 1955 hat die CDU versucht, in Grund und Boden zu stürzen, was sie am 17. November 1955, sechs Tage später, mit "Befriedigung" zur Kenntnis nahm.

Tatsache ist, dass die Hilfe, die den Rentnern jetzt noch vor Weihnachten zuteil werden wird, in allen entscheidenden Punkten auf Anträge der SPD zurückgeht, die von den kleinen Koalitionsparteien und vom BHE unterstützt wurden, während die CDU, nachdem sie am 11. November 1955 im Bundestage in namentlicher Abstimmung empfindliche Niederlagen erlitt, jetzt mit ihrem taktischen Nachgeben glaubt, mit-ernten zu können, wo sie nie gesät hat, sondern nur zerstören wollte.

Durch ihre Anträge in der zweiten Lesung und die daraufhin erfolgte Einzigung im Sozialpolitischen Ausschuss und im Bundestage hat die Sozialdemokratie nun erreicht:

- a) 1,2 Millionen Waisenkinder, die bisher bei Rentenerhöhungen immer leer ausgingen, werden Sonderzulagen in Höhe von DM 15,- erhalten,
- b) 1,6 Millionen Rentner, die bisher Rentenerhöhungen immer nur formal erhielten, weil man ihnen diesen Betrag automatisch bei der Kriegspfefferrente, der Unterhaltshilfe, bei der Fürsorgeunterstützung oder dem Arbeitslosengeld wieder abzog, werden diesmal diese Erhöhung als bares Geld tatsächlich behalten können, denn ein sozialdemokratischer Antrag fand eine Mehrheit, nachdem die Rentenzulagen diesmal nicht errechnungsfähig sind,
- c) mindestens eine Million Rentner, deren Steigerungsbeträge nur zwischen 5 und 19 Prozent der Zulage erreichen würden, erhalten mindestens 20 v.H. der Steigerungsbeträge und damit erheblich mehr,
- d) rund 900.000 Rentner schliesslich, deren Rentenmehrbeträge nur 1,- bis 3,- DM betragen, werden jetzt zwei Halbjahreszulagen bekommen, die mindestens je DM 20,- betragen müssen.

Rund 6 1/2 Millionen Rentnern hat so vorwiegend der Kampf der Sozialdemokratie eine effektive Rentenerhöhung und eine Weihnachtsfreude beschert. Die weiteren Anstrengungen der SPD aber werden darauf gerichtet sein, die von der CDU geplanten Mieterhöhungen nicht wirksam werden zu lassen, damit diese Rentenerhöhungen nicht gleich wieder aufgezehrt werden. \* \* \*

### Sein Rat wird fehlen

sp.-Mit Gerhard Lütkens ist, für den Kreis seiner Angehörigen und seiner persönlichen und politischen Freunde unfassbar, plötzlich einer der Stillen im Lande oder, wenn man so will in der Politik, von uns gegangen. Er war ein überzeugender Beweis für die Notwendigkeit, dass in die parlamentarische Arbeit nicht nur weithin bekannte und rednerisch begabte Männer von grosser allgemeiner Anziehungskraft gehören, sondern auch Persönlichkeiten wie er: von menschlicher Zurückhaltung, von einer fest gelehrtenhaft wirkenden Gründlichkeit in der Arbeit, von einer Art bohrenden Forscherinstanz, Männer, die eine profunde Sachkenntnis besitzen, nie schnell mit Urteil und Wertung zur Hand sind, die sich die Dinge lieber schwer als leicht machen, die immer um selbständiges Denken bemüht sind.

Damit hängt es wohl zusammen, dass Lütkens im persönlichen Gespräch auch gern einmal den tagespolitischen Themenkreis verliess, sich mit philosophischen und religiösen Dingen befasste. Er war ein Mann von weitgespanntem geistigen Zuschnitt, von gediegenem Wissen auf vielen Gebieten und einen ungewöhnlich hohen Bildungsgrad. Dabei verlor er sich nie im Nur-Abstrakten, weil er bei aller Neigung zum suchenden Denken die menschliche Beziehung für das Nächstliegende und Wichtigste hielt. Deshalb wurde er, der sonst stets liebenswürdig und verbindlich war, mit einer gelegentlichen Neigung zu freundlicher Ironie, die sich selbst nicht ausnahm, erregt und heftig, sobald ihm bei der Beurteilung eines Sachverhaltes Gerechtigkeit und das unmittelbare Menschliche zu kurz zu kommen schienen. Er hatte eine ausgesprochene Scheu vor Verallgemeinerungen und Vergröberungen und einen Hang zum differenzierenden Urteil. In der Emigration lehnte er z.B. die Gleichstellung von aktiven Nationalsozialisten und Deutschen schlechthin entschieden und konsequent ab.

Der Verlust, der durch seinen Tod eingetreten ist, trifft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und darüber hinaus alle, denen die deutsche Demokratie am Herzen liegt, schwer.

An dem Tage, an dem der 61jährige Abgeordnete Gerhard Lütkens starb, wurde der 59jährige Bundesminister Robert Tillmanns zu Grabe getragen. Der Tod des einen war so überraschend und erschütternd, wie der des andern. Die Politik fordert, so scheint es, besonders frühzeitig und unerhättlich ihre Opfer. Das ist eine bedrückende Erkenntnis, die Mahnung und Warnung zugleich sein sollte, mit den gegebenen Kräften hauszuhalten.

### Die DP und die selbständig Schaffenden

30. Eine der "20 Thesen", die die Deutsche Partei als Inbegriff "einer zeitnahen konservativen Politik" verkündete, lautet: "Die Zwangsversicherung der Selbständigen als Altersvorsorge wird abgelehnt". Diese Ablehnung richtet sich einzig und allein gegen die sozialdemokratische Forderung nach einer ausreichenden Alterssicherung für selbständig Schaffende. Wie "zeitnah" diese Ablehnung ist, geht allein daraus hervor, dass rund 300.000 von den zur Zeit berufstätigen Selbständigen - nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes - weniger als 2.000,-- DM jährlich "verdienen" und dass über 60 % aller selbständig Schaffenden in Handwerk, Einzelhandel, übrigen Gewerbe, in der Landwirtschaft und in den freien Berufen ein Brutto-Jahreseinkommen von unter 4.600,-- DM haben.

Die nach Millionen zählenden Kleinkommensteuiernehmer, die zu den selbständigen Mittelschichten gezählt werden, haben nie über eine ausreichende Alterssicherung verfügt. Vielleicht war bis zur Zeit vor dem ersten Weltkrieg, als auch kleine Handwerker und Einzelhändler noch durch Rücklagen gewisse Vermögen bilden konnten, das Problem einer allgemeinen Alterssicherung für diese Schichten nicht von Bedeutung. Heute aber ist das anders. Durch zwei Geldentwertungen und die gesamte wirtschaftliche Entwicklung ist die Lage eine andere geworden. Große Teile dieser Schichten sind gar nicht mehr imstande, aus eigener Kraft Vorsorge für ihr Alter zu treffen und bevölkern die Fürsorgeämter. Hinzu kommt, dass die Privatversicherung insofern hier ihre Aufgabe nicht erfüllt, als sie den Versicherten keine Garantie für eine spätere Rentenleistung geben kann.

Damit ist die Alterssicherung für die selbständig Schaffenden zu einem trennenden Problem geworden. Die Sozialdemokratische Partei, die die Arbeitsleistung des Menschen unabhängig davon anerkennt, ob sich seine Arbeit in der äußeren Form der unselbständigen oder der selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit vollzieht, erkennt auch eine Verpflichtung unserer arbeitsteiligen Gesellschaft an, die Al-

terssicherung der selbständig Schaffenden zu übernehmen. Diese kann nur eine gesetzliche, von der Gesamtheit der Versicherten getragene Alterssicherung sein, denn nur eine solche gewährt einen Schutz vor möglichen Währungsveränderungen. Tritt die Allgemeinheit für die Altersversorgung der selbständig Schaffenden ein, so darf sich aber auch keiner ihrer Angehörigen der Versicherungsverpflichtung entziehen, denn auf den Beiträgen der Versicherten und den Zuschüssen des Bundes beruht die Altersrente.

Es kann auch nicht für jede der Sparten der selbständig Schaffenden, geschweige denn für einzelne Gruppen der Sparten, ein selbständiges Versicherungssystem errichtet werden, denn je größer und vielfältiger der Kreis der Versicherten ist, desto besser gleicht sich das Risiko aus. Es muß also eine einheitliche Versicherungskörperschaft mit einer gemeinsamen Kasse errichtet werden, die so einfach und durchsichtig wie möglich aufgebaut ist und durch die Versicherten selbst verwaltet wird.

Diese Alterssicherung für die selbständig Schaffenden würde großen Teilen der Mittelschichten die Sorge um den Lebensabend abnehmen und dadurch ihre Lebensfreude und damit auch ihre Arbeitsleistung heben. Sie würde auch dem altgewordenen selbständig Schaffenden möglich machen, bei Erreichung seines 65. Lebensjahres seinen Arbeitsplatz einem Jüngeren zu übergeben, während er sich heute noch oft sorgenvoll an seinen Arbeitsplatz klammern muß. Ein frühzeitiger Arbeitsplatzwechsel aber liegt im volkswirtschaftlichen Interesse.

Die sozialdemokratischen Vorschläge sind denn auch in den entsprechenden Kreisen der Mittelschichten mit starkem Wohlwollen aufgenommen worden. Auch die Fachverbände haben ihnen großes Interesse entgegengebracht. Nur die großen Privatversicherungen haben sie - aus nur allzu verständlichen Gründen - scharf abgelehnt. Ihnen schließt sich nun die "mittelstandsfreundliche" DP an. Blind für die tatsächliche Lage, verweist sie jeden auf sich selbst. "Der Einzelne muß gestärkt werden", heißt es; und weiter: "Die soziale Sicherheit muß bei allen gesunden und arbeitsfähigen Menschen vornehmlich auf eigene Verantwortung und Leistung begründet sein". Das heißt im Klartext: Die Altersrenten sind überhaupt abzuschaffen - so "zeitnah" ist die Deutsche Partei! \* \* \*